

Fragen

für die Fragestunde der Sitzung des Deutschen Bundestages
am Mittwoch, dem 14. Januar 1998

Verzeichnis der Fragenden

<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Augustinowitz, Jürgen (CDU/CSU)	24	von Larcher, Detlev (SPD)	18, 19
Buntenbach, Annelie (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	13, 14	Mante, Winfried (SPD)	3, 4
Erlar, Gernot (SPD)	20, 21	Meckel, Markus (SPD)	17, 25
Fuchtel, Hans-Joachim (CDU/CSU)	8, 10	Müller, Michael (Düsseldorf) (SPD)	30, 31
Ilte, Wolfgang (SPD)	5, 9	Dr. Schwall-Düren, Angelica (SPD)	11, 12
Dr. Jüttner, Egon (CDU/CSU)	28, 29	Tauss, Jörg (SPD)	32, 33
Kirschner, Klaus (SPD)	26, 27	Dr. Vollmer, Antje (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	22, 23
Koppelin, Jürgen (F.D.P.)	15, 16	Wallow, Hans (SPD)	1, 2
Kubatschka, Horst (SPD)	6, 7		

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

	Seite
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau	4
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie	4
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft	5
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	5
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung	5
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung	5
Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts	7
Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern	7
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen	8

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr

1. Abgeordneter
**Hans
Wallow**
(SPD)

Mit welchem Ergebnis hat die Bundesregierung das aktuelle Angebot des Kaufinteressenten S. für den bundeseigenen Rheinhafen Oberwinter unter dem Gesichtspunkt geprüft, ob das dem Angebot zugrundeliegende Nutzungskonzept mit den Planungs- und Nutzungsvorstellungen der Stadt Remagen in Einklang zu bringen ist (das die Bereitstellung einer hinreichend großen, stehenden Wasserfläche, insbesondere für die wassersportliche Jugendarbeit, zu tragbaren finanziellen Konditionen für die Vereine vorsieht), und welche Konsequenzen ergeben sich im vorliegenden Fall für die Kaufpreisvorstellungen des Bundes aus der Tatsache, daß der Wert einer Liegenschaft entscheidend auch von den Planungs- und Nutzungsvorstellungen der Belegenheitsgemeinde bestimmt wird?

2. Abgeordneter
**Hans
Wallow**
(SPD)

Stimmt die Bundesregierung der Bewertung zu, daß im vorliegenden Fall das aktuelle Höchstgebot des Kaufinteressenten S. schon aus dem Grunde nicht dem Verkehrswert der Liegenschaft entspricht, weil die dem Angebot des Interessenten zugrundeliegenden Nutzungsvorstellungen nach den Planungsvorgaben der Stadt nicht realisierbar sind und insofern das Angebot als reines Spekulationsangebot unberücksichtigt bleiben muß, und welche Gründe können die Bundesregierung im vorliegenden Verkaufsfall dazu veranlassen, von ihrer bisherigen Praxis beim Verkauf bundeseigener Liegenschaften abzuweichen, auch bei einem fehlenden gemeindlichen Vorkaufsrecht bei der Auswahl der Kaufbewerber auf die erklärten Nutzungsvorstellungen und sonstigen berechtigten Belange der Belegenheitsgemeinde Rücksicht zu nehmen?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt,
Naturschutz und Reaktorsicherheit**

3. Abgeordneter
**Winfried
Mante**
(SPD)

Welche zukunftsorientierten grenzüberschreitenden und vorbeugenden Hochwasserschutzmaßnahmen sind in Kooperation mit den Nachbarländern Polen und Tschechien bereits eingeleitet, und welche Maßnahmen sind in diesem Zusammenhang in Zukunft vorgesehen?

4. Abgeordneter
Winfried Mante
(SPD)
- Was unternimmt die Bundesregierung, um der europäischen Dimension des Oder-Hochwassers gerecht zu werden, z. B. mit Blick auf von Deutschland, Polen und Tschechien gemeinsam finanzierte Maßnahmen, und was gedenkt die Bundesregierung zu tun, um sich bei der Europäischen Union um finanzielle Unterstützung für nationale und grenzüberschreitende Projekte zur Schadensbeseitigung und Hochwasserschutzvorbeugung zu bemühen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau

5. Abgeordneter
Wolfgang Ilte
(SPD)
- Ist die Bundesregierung bereit, die im Abschlußbericht des Bundesministeriums des Innern zum Oder-Hochwasser vom 9. Dezember 1997 unter Nummer 3.1.7 benannten – aber nicht benötigten – Mittel für Wohnungsbau umzuwidmen, z. B. für Städtebaufördermittel zur Wiederherstellung der kommunalen Infrastruktur? *)

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie

6. Abgeordneter
Horst Kubatschka
(SPD)
- Welche Gründe veranlaßten die Vertreter der Bundesrepublik Deutschland im Rat der ESO (European Southern Observatory) in der Sitzung im Dezember 1997 gegen das ESO-Budget für 1998 zu votieren, obwohl die deutsche Delegation in der Sitzung des ESO-Finanzkomitees im November 1997 dem Budget noch die Zustimmung gab?
7. Abgeordneter
Horst Kubatschka
(SPD)
- Teilt die Bundesregierung die Befürchtung, daß durch eine erneute und drastische Mittelkürzung bei der ESO das größte Teleskop der Welt, das Very Large Telescope, zwar fertiggestellt, aber wegen fehlender Mittel dann nur sehr begrenzt betrieben werden kann und so die europäische Spitzenstellung auf dem Gebiet von Astronomie, Teleskopbau und optische Spitzentechnologie gegenüber den USA und Japan, auch im Hinblick auf Nachfolgeprojekte im 21. Jahrhundert gefährdet wird?

*) s. hierzu auch Frage 9

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft

8. Abgeordneter
Hans-Joachim Fuchtel
(CDU/CSU)
- Welche Rolle spielen bei den Vergaben auf Bundesebene Überlegungen, die in Baden-Württemberg zur Einführung von Mittelstandsrichtlinien für die Vergabe von öffentlichen Aufträgen geführt haben? *)

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

9. Abgeordneter
Wolfgang Ilte
(SPD)
- Für welche konkreten Maßnahmen sind die 70 Mio. DM zum Deichschutz vorgesehen, und werden diese Mittel dem Land Brandenburg pauschal für das Oderprogramm „Sicherheit und Zukunft der Oderregion“ zur Verfügung gestellt? **)

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung

10. Abgeordneter
Hans-Joachim Fuchtel
(CDU/CSU)
- Wie beurteilt die Bundesregierung unter den in Frage 8 angesprochenen Gesichtspunkten die Vergabe des Staatlichen Hochbauamtes Nürnberg II „USV-Anlagen für Rechenzentren der Arbeitsämter“ (Vergabe Nr. 97 A 0045)?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung

11. Abgeordnete
Dr. Angelica Schwall-Düren
(SPD)
- Trifft es zu, daß das „Gesangbuch der Bundeswehr“ alte Lieder der Wehrmacht enthält und daß während der Grundausbildung von Soldaten Filme der Wehrmacht als Lehrfilme vorgeführt werden (z. B. der „Spähtrupp“ aus dem Jahre 1943)?

*) s. hierzu auch Frage 10

**) s. hierzu auch Frage 5

12. Abgeordnete
**Dr. Angelica
Schwall-Düren**
(SPD)
- Ist es aus Sicht der Bundesregierung für eine vertiefte Identifikation der Menschen mit den Prinzipien eines freiheitlich demokratischen Rechtsstaates förderlich, wenn Lehrfilme und Lieder im „Gesangbuch der Bundeswehr“ aus Wehrmachtszeiten und die Reichskriegsflagge auch heute noch offizielle Bedeutung haben?
13. Abgeordnete
**Annelie
Buntenbach**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Inwieweit kann die Bundesregierung einen Bericht des Aussteigers aus der Neonaziszene, Ingo Hasselbach, bestätigen (vgl. Hasselbach, Ingo, Die Abrechnung, 1. Aufl., Berlin/Weimar, 1993 S. 117 ff.), wonach der u. a. in mehreren, vom Bundesministerium des Innern herausgegebenen Verfassungsschutzberichten benannte Rechtsextremist Jürgen Rieger im Sommer des Jahres 1990 ein Treffen für Liebhaber militärhistorischer Fahrzeuge auf dem Bundeswehrgelände in Putlos bei Hamburg angemeldet hatte, an dem ca. 60 Personen teilnahmen, die überwiegend aus der Neonaziszene stammten und die u. a. mit Schreckschußmunition, die die Bundeswehr zur Verfügung stellte, an Schießübungen teilnahmen, deren Gewinner einen funktionsfähigen Karabiner von der Bundeswehr erhielt, in der Kaserne zu einer Grillparty mit Freibier eingeladen wurden, anschließend in der Kaserne übernachteten, gemeinsam mit den Soldaten frühstückten und am Frühsport teilnahmen, und wer ist ggf. von seiten der Bundeswehr für die Genehmigung und Durchführung dieser Veranstaltung verantwortlich?
14. Abgeordnete
**Annelie
Buntenbach**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Haben in den folgenden Jahren Veranstaltungen auf dem Bundeswehrgelände in Putlos stattgefunden, an denen Jürgen Rieger oder der Verein für militärische Fahrzeuge in irgendeiner Weise beteiligt waren, und welche Auskunft kann die Bundesregierung ggf. zum jeweiligen Zeitpunkt und Ablauf dieser Veranstaltungen geben?
15. Abgeordneter
**Jürgen
Koppelin**
(F.D.P.)
- Liegt der Bundesregierung Datenmaterial vor, zu welchen Religionsgemeinschaften die Angehörigen der Bundeswehr gehören und wie viele Angehörige der Bundeswehr keiner Konfession angehören?
16. Abgeordneter
**Jürgen
Koppelin**
(F.D.P.)
- Liegt der Bundesregierung Datenmaterial vor, wie viele Soldaten Moslime sind oder anderen Glaubensgemeinschaften außer der christlichen angehören?
17. Abgeordneter
**Markus
Meckel**
(SPD)
- Welche Art der Kostendeckung sieht die Bundesregierung für in Aussicht gestellte weitere Einsätze der Bundeswehr im Katastrophenfall, z. B. Hochwasser, vor?

*) s. hierzu auch Frage 25

Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts

18. Abgeordneter
**Detlev
von Larcher**
(SPD)
- Welche Voraussetzungen muß die einladende Person erfüllen, damit einer eingeladenen rumänischen Staatsbürgerin ein Visum zu Besuchszwecken erteilt werden kann?
19. Abgeordneter
**Detlev
von Larcher**
(SPD)
- Zählt zu den Voraussetzungen für die Erteilung eines Visums zu Besuchszwecken an eine rumänische Staatsbürgerin auch, daß die einladende Person ein bestimmtes Nettoeinkommen nachweisen kann?
20. Abgeordneter
**Gernot
Erlcr**
(SPD)
- Wie erklärt sich die Bundesregierung, daß die türkische Öffentlichkeit nach den Entscheidungen der Europäischen Union von Luxemburg überwiegend die Bundesregierung für die aus türkischer Sicht enttäuschenden Ergebnisse verantwortlich gemacht hat?
21. Abgeordneter
**Gernot
Erlcr**
(SPD)
- Welche Informationen hat die Bundesregierung über Boykottaufrufe in der türkischen Öffentlichkeit gegen deutsche Waren nach den Luxemburger Entscheidungen, und welche praktischen Folgen haben diese Boykottaufrufe bisher gehabt?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern

22. Abgeordnete
**Dr. Antje
Vollmer**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie begründet die Bundesregierung, daß nach dem Dienstrechtsreformgesetz die Ausbildungszeit bei Teilzeitbeschäftigten künftig nur anteilig auf die Versorgung angerechnet wird, obwohl doch auch Teilzeitbeschäftigte die volle Ausbildung benötigen – und nicht nur einen Teil –, und ist der Bundesregierung bewußt, daß Teilzeitbeschäftigung dadurch weiter erschwert wird und daß sich diese Regelung insbesondere für berufstätige Frauen negativ auswirkt, weil noch immer die meisten Teilzeitstellen mit Frauen besetzt sind?

23. Abgeordnete
Dr. Antje Vollmer
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie beurteilt die Bundesregierung den Vorschlag, nach dem die Ausbildungszeit bei Teilzeitbeschäftigten mit einem Arbeitsverhältnis voll auf die Versorgung angerechnet wird und bei mehreren parallelen Tezeitarbeitsverhältnissen entsprechend anteilig?
24. Abgeordneter
Jürgen Augustinowitz
(CDU/CSU)
- Welche konkreten Maßnahmen wird die Bundesregierung von den Schengener Vertragspartnern – insbesondere im Hinblick auf die aktuelle Lage in Italien – verlangen, um einen drastischen Anstieg der illegalen Zuwanderung nach Deutschland zu verhindern, und welche weiteren nationalen Maßnahmen wird die Bundesregierung ergreifen, wenn einige Vertragsstaaten ihren Verpflichtungen nicht in ausreichendem Maß nachkommen?
25. Abgeordneter
Markus Meckel
(SPD)
- Wie setzen sich die Einsatzkosten für den Bundesgrenzschutz (BGS), die Bundeswehr und das Technische Hilfswerk (THW) beim Hochwasser-einsatz in Brandenburg zusammen, und inwieweit sind bei diesen Kostenberechnungen auch „Betriebskosten“ berücksichtigt, die auch ohne den „Odereinsatz“ bei BGS und Bundeswehr entstanden wären? *)
26. Abgeordneter
Klaus Kirschner
(SPD)
- Welche Einsparungen würden sich für den Bundeshaushalt und die sonstigen Haushalte von Bundesbehörden bzw. Bundeseinrichtungen pro Jahr ergeben, wenn bei der zahnmedizinischen Versorgung von Beihilfeberechtigten wie jetzt bei Zahnersatz bei den in der gesetzlichen Krankenversicherung Versicherten der 1,7fache Satz der Gebührenordnung für Zahnärzte abgerechnet wird?
27. Abgeordneter
Klaus Kirschner
(SPD)
- Wie sehen die entsprechenden Zahlen der weiteren öffentlichen Haushalte (Länder, Landkreise, Kommunen usw.) aus, und wieviel Geld könnte hier bei einer Festschreibung auf den 1,7fachen Satz zugunsten des Steuerzahlers eingespart werden?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen

28. Abgeordneter
Dr. Egon Jüttner
(CDU/CSU)
- Welche Konsequenzen hat die Bundesregierung aus dem am 18. Juni 1996 von der Unabhängigen Expertenkommission zur Untersuchung der Problematik der steigenden Beiträge der privaten

*) s. hierzu auch Frage 17

- Krankenversicherung vorgelegten Gutachten bisher gezogen, und welche Maßnahmen gedenkt die Bundesregierung noch im Jahre 1998 daraus zu ziehen?
29. Abgeordneter
Dr. Egon Jüttner
(CDU/CSU)
- Aus welchen Gründen hat die Bundesregierung nach Vorliegen des Gutachtens der Unabhängigen Expertenkommission zur Untersuchung der Problematik der steigenden Beiträge der privaten Krankenversicherung das vom Bund der Ruhestandsbeamten, Rentner und Hinterbliebenen (BRH) geforderten Vorschaltgesetz und die vom BRH vorgelegten praktischen Vorschläge nicht realisiert?
30. Abgeordneter
Michael Müller
(Düsseldorf)
(SPD)
- In welchem Ausmaß wurde nach Kenntnis der Bundesregierung die Währungs- und Wirtschaftskrise in Südostasien von einer spekulativen Aufblähung bzw. realwirtschaftlichen Gegebenheiten verursacht, und wie beurteilt die Bundesregierung die wirtschaftlichen und sozialen Folgen der Zusammenbrüche für die Bundesrepublik Deutschland und die Europäische Union?
31. Abgeordneter
Michael Müller
(Düsseldorf)
(SPD)
- Welche sozialen und ökologischen Auflagen sollten mit den jetzt laufenden Finanzhilfen des Internationalen Währungsfonds (IWF) und der Weltbank an Südkorea, Indonesien, Malaysia und die Philippinen verbunden werden, und welchen Einfluß will die Bundesregierung in dieser Hinsicht auf die Vergabe der deutschen und europäischen Hilfsangebote ausüben, damit es zu mehr Stabilität und Gerechtigkeit in der Weltwirtschaft kommt?
32. Abgeordneter
Jörg Tauss
(SPD)
- Weshalb hält die Bundesregierung bei der Unterbringung von Teilnehmern der Zollschule Sigmaringen „technische Einrichtungen“ für notwendig, und welcher Art sind diese technischen Einrichtungen (Plenarprotokoll 13/209, S. 19103 C, D)?
33. Abgeordneter
Jörg Tauss
(SPD)
- Welche organisatorischen und personellen Probleme stellen sich bei einer Unterbringung von Lehrgangsteilnehmern der Zollschule Sigmaringen in Stetten a. K. M., und weshalb sollen diese Probleme in Anbetracht der Haushaltslage des Bundes auf Kosten der Steuerzahler gelöst werden?

Bonn, den 9. Januar 1998

